

QUARTALSBERICHT

Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. Kommunalwahlen vom 8. Mai 2011
2. Positives Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2011
3. Albanien gegen Teilung des Kosovo
4. Proteste gegen Volksauszählung auf der Grundlage der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit

Die Kommunalwahlen vom 8. Mai 2011

Die Kommunalwahlen, die am 08. Mai 2011 stattfanden, waren in Albanien schon seit Jahresbeginn ein oft diskutiertes, relevantes Thema in dem politischen Spektrum und zwar aus dem Grund, dass sie in einer angespannten politischen Situation verliefen, die besonders während des Wahlkampfes angeheizt wurde und insofern konnte ihr Ergebnis die nachfolgenden politischen Entwicklungen stark beeinflussen.

Angesichts des Mangels an Vertrauen und eines lange dauernden Konflikts zwischen den Parteien wurde befürchtet, dass die Kommunalwahlen nicht stattfinden werden. Es herrschte seit den letzten, im Juni 2009 abgehaltenen Parlamentswahlen, deren Ergebnis von der Opposition nicht anerkannt wurde, weiterhin eine starke politische Spannung. Der Konflikt eskalierte besonders im Januar mit den Anti-Regierungsdemonstrationen von der Seite der sozialistischen Opposition, bei der 4 Demonstranten erschossen wurden. Es gab Versuche von der Opposition, den Wahltermin am 08. Mai 2011 zu verschieben. Sie forderte die vorzeitige Abhaltung von Parlamentswahlen.

Durch die aufeinander folgenden Interventionen von den Diplomaten der EU und USA wurden die Parteien gezwungen, den Termin für die Kommunalwahlen am 08. Mai 2011 endlich zu akzeptieren. Problematisch war aber das politische Klima in dem die Kommunalwahlen abgehalten werden mussten. Die Opposition war skeptisch über ein faires und freies Ablaufen der Wahlen. Sie fürchtete die Regierung werde die Wahlen wie vor 2 Jahren wieder manipulieren. Würde sich das gleiche Schema wiederholen, hätte das eine gefährliche Spirale der Eskalation des politischen Konflikts zur Folge. Daraufhin haben sich die Eingriffe der internationalen Gemeinschaft intensiviert. Vertreter von EU und USA haben sich mit den albanischen Politikern getroffen. Das Hauptanliegen ihrer Besuche sei

die Wiederherstellung der Ruhe im Land um faire und ruhige Kommunalwahlen gewährleisten zu können. Sie riefen alle Parteien auf, den Streit beizulegen.

In diesem Zusammenhang entschloss sich der OSZE/ODHIR mehr Wahlbeobachter bei den Kommunalwahlen einzusetzen. Es gab eine Rekordzahl von 5.000 einheimischen und ausländischen Beobachtern, die die Kommunalwahlen überwacht haben.

Die Entwicklung des Wahlkampfes. Schon in den ersten Tagen des Wahlkampfes schien die Lage sehr angespannt zu sein. An den Kommunalwahlen nahmen mehr als 50 politische Parteien teil, die sich in 2 Wahlbündnisse gruppierten: das Regierungswahlbündnis „Allianz für den Bürger“, das aus 22 Parteien bestand und das Oppositionswahlbündnis „Allianz für die Zukunft“, das aus 23 Parteien bestand. Es fiel besonders auf, dass die zwei großen politischen Lager diesmal ganz verschiedene Wahlkampfstrategien entwickelt haben. Die Kandidaten des Regierungswahlbündnisses haben sich direkt an die Bürger gewendet mit dem Spruch: „Ihr kommt zuerst“, was auch das Motto des Wahlkampfes war. Die Kandidaten haben direkte Aussagen zum Funktionieren der Lokalverwaltung getätigt. Sie haben verschiedene Plattformen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadtgemeinden und Kommunen im Land präsentiert.

Die Opposition erklärte, die Wahlen sollen überwiegend ein politisches Motiv haben und die Bürger sollen für die Politik abstimmen. Die Kandidaten des oppositionellen Wahlbündnisses, im Gegensatz zu ihren politischen Gegnern haben keine konkrete Plattformen zur Entwicklung der Lokalverwaltung vorgestellt. Sie verwendeten 2 Slogans, die sie alternierten: „Sali ist schuld“ und „Der einzige Weg in die Zukunft“.

Im Allgemeinen kam es im Wahlkampf zu keiner direkten Konfrontation zwischen den Kandidaten aus beiden Lagern wie in Tirana zwischen dem Oppositionsführer Rama, gleichzeitig Oberbürgermeister, und dem ehemaligen Innenminister Basha.

Wahlverlauf und die Stimmenauszählung. Da beim Wahlkampf mehrere Vorfälle gemeldet wurden und das Land sich inmitten eines angespannten politischen Klimas befand, hatte man schon mit Unruhen am Wahltag gerechnet. Die Opposition hatte der Regierung unterstellt, sie habe absichtlich versucht, die Wähler zu irritieren. Der Wahlprozess ist aber im Allgemeinen ruhig verlaufen. Die Lieferung der Wahlurnen zur Auszählung in die entsprechenden Auszählungsorte wurde ordentlich durchgeführt.

Die Stimmenauszählung war allerdings durch Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet. Die Verzögerung bei der Auszählung bleibt nach wie vor ein großes Problem. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Stimmenauszählung für den Bürgermeister von Tirana. Der Auszählungsprozess von 850 Wahlurnen bzw. 260.000 Stimmen zog sich sechs Tage hin.

Wahlergebnisse. Im Abschluss der Kommunalwahlen ergab sich, dass 52% der Wahlberechtigten gestimmt hatten. Es wurde nicht nur für den Bürgermeister oder den Gemeinderatsvorsitzenden gestimmt, sondern auch für die politischen Parteien. Dadurch wurde die Anzahl der Stadtratsmitglieder bestimmt, die in den Stadträten die jeweiligen Parteien vertreten werden. Daraufhin gibt es 2 Wahlergebnisse, einmal für die Kandidaten und einmal für die Parteien.

Das Regierungswahlbündnis hat in Tirana, Shkoder sowie in 60% der Gemeinden auf Landesebene die meisten Stimmen gewonnen und lag auf Koalitionsebene mit 140.000 Stimmen mehr gegenüber dem Oppositionswahlbündnis „Allianz für die Zukunft“ vorn.

Das linke Wahlbündnis siegte in den größeren Städten wie Durres, Korca, Elbasan, Vlorë, Fier und unter anderem auch in einigen Städten, die bisher als Bastionen der Demokraten galten, wie Kavaje und Lac.

Die Regierungspartei DP blieb nach wie vor dominant im Norden Albaniens während die Oppositionspartei SP im Süden wieder an Popularität gewann.

Die Spannung stieg besonders in Tirana, wo Edi Rama, der Vorsitzende der sozialistischen Partei, der zum 4. Mal als Oberbürgermeister antrat und sein politischer Herausforderer Basha sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten. Zunächst nach der Auszählung der letzten Wahlurne lag **Rama** mit 10 Stimmen mehr vor **Basha**. Die Zentrale Wahlkommission hat aber aufgrund dieses knappen Ergebnisses in Tirana noch keine endgültige Aussage gegeben, wer die Wahl gewonnen hat. In den Wahlurnen für die Stadträte wurden Stimmzettel für Bürgermeisterkandidaten gefunden, die in die falsche Wahlurne eingeworfen waren. Aus diesem Grund entschloss sich die Zentrale Wahlkommission, diese Stimmzettel erneut zu zählen.

Die Opposition reagierte scharf gegen diese Entscheidung. Laut ihr gebe es bereits das Ergebnis für den Bürgermeister von Tirana und eine Auszählung der Stimmzettel, die in die falsche Wahlurne eingeworfen waren, nachdem die Wahlprotokolle bereits vorlagen, sei gesetzeswidrig. Sie bezeichnete das als eine Verzerrung des Wahlergebnisses und als Wahlbetrug.

Einige Abgeordnete der Sozialistischen Partei haben versucht, das Büro der Zentralen Wahlkommission, wo die Entscheidung getroffen werden sollte, zu stürmen. Aus diesem Grund wurde das Treffen auf den nächsten Tag verschoben. Zahlreiche Polizisten waren an dem Tag des Treffens vor Ort und hatten das Gebäude der Zentralen Wahlkommission abgeriegelt. Sie ließen die Abgeordneten der Sozialistischen Partei nicht das Gebäude betreten. Es kam so zu einem Protest und zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Sozialistischen Partei und der Polizei. Danach rief der Leiter der Abgeordnetengruppe der Sozialistischen Partei die Anhänger sowie die Bürgermeister und Gemeinderatsvorsitzenden der Sozialistischen Partei zu einem Protest gegen die Verletzung der Stimmenfreiheit auf.

Premierminister Berisha erklärte, die Opposition beabsichtige mit Gewalt ein unfaires Wahlergebnis zu imponieren und habe abgelehnt alle Stimmen der Bürger und somit die Stimmenfreiheit der Bürger verletzt.

Da die Parteien keinen Kompromiss erreichen konnten, haben sich die ausländischen Diplomaten voll dafür eingesetzt, eine Lösung zu finden und die Lage beruhigen zu können. Sie riefen auf, alle diese Konflikte sollen durch ein faires Rechtsverfahren gelöst werden.

In diesem Zusammenhang hat der EU-Präsident Barroso seinen geplanten Besuch in Albanien am Freitag kurzfristig abgesagt.

Trotz des Widerspruchs der Opposition, die in falsche Wahlurnen gelegten Stimmzettel neu auszuzählen, setzte die Zentrale Wahlkommission den Auszählungsprozess fort.

Die Wahlkommission erklärte offiziell Herrn Basha mit 93 Stimmen vorab zum Sieger in Tirana. Die Opposition erhob die Anklage gegen den Entscheid und später auch gegen andere Aspekte beim Wahlgericht. Das Wahlgericht erklärte die Anklage für ungültig, weil die bestimmten Fristen dafür abgelaufen seien.

Auf dieser Grundlage bleibe das letzte Ergebnis in Kraft. Die 93 Stimmen mehr für die Regierungskoalition werden als Endergebnis akzeptiert.

Diese Entscheidung wurde heftig von der Opposition kritisiert, die der Regierung mutwilliges, unrechtmäßiges Wahlverfahren zur Siegererklärung ihres Kandidaten unterstellte. Sie erklärte unter anderem, sie würden im September die Proteste fortsetzen.

Das Ergebnis für die Mitglieder des Gemeinderates wurde noch nicht von der Zentralen Wahlkommission angekündigt. Die Opposition versucht diesen Prozess zu verhindern.

In politischer Hinsicht ist jetzt zu erwarten, dass die Vertreter der beiden größten politischen Kräfte ins Gespräch kommen werden um schließlich einen Konsens zu finden, damit Albanien die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Erhalt des EU-Kandidatenstatus erfüllen kann.

Trotz der Abwesenheit der Opposition im Parlament nach dem Abschluss der Kommunalwahlen, herrscht innerhalb der Sozialistischen Partei eine heftige Polemik darüber, ob diese von ihr verfolgte Politik die richtige ist oder nachteilig für sie und ihre politische Zukunft sein kann.

Edi Rama hat versprochen, dass er wieder aktiv an Abstimmungen teilnehmen wird und auf den Parlamentsboykott verzichten wird.

Wirtschaft

Premierminister Berisha äußert sich optimistisch über die wirtschaftliche Situation Albaniens. Laut Berisha sei Albanien nicht von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Ihm zufolge wird das Wirtschaftswachstum dieses Jahr 4 - 4,5 % betragen. Der Finanzminister Bode hat aber in einer Konferenz erklärt, dass es mangelnde Liquidität gibt. Dem Gouverneur der Nationalbank, Fullani, zufolge seien die faulen Kredite und die Abnahme der Überweisungen von albanischen Gastarbeitern im Ausland ein großes Problem. Auf dieser Grundlage empfahl er der Regierung, die Ausgaben für öffentliche Investitionen zu kürzen.

Nach der Erklärung des Premierministers wird die albanische Regierung allerdings weiterhin im Straßenbau investieren. Dazu ist vorgesehen, einen Tunnel und eine Autobahn zu bauen, um Tirana mit Elbasan zu verbinden. Für diese Investition nahm die albanische Regierung einen Kredit in Höhe von 220 Mio. Euro bei der Islamischen Bank auf. Darüber hinaus entschloss sich die Regierung, das Museum des albanischen Diktators, Enver Hoxha, im Zentrum von Tirana auszubauen und an seiner Stelle ein neues Parlamentsgebäude zu bauen. Dieser Beschluss wurde von dem Architektenverein und der Opposition heftig kritisiert. Die dadurch entstehenden Kosten könnten zu Lasten der albanischen Wirtschaft gehen und somit könnte sich die aktuelle schwierige Wirtschaftslage in Albanien noch weiter verschlimmern.

Es sind noch große Widersprüche zwischen der albanischen Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgetreten. Der IWF verlangte von der Regierung in Albanien eine Reduzierung von Ausgaben für Gehälter und Renten, was vom Premierminister Berisha heftig abgelehnt wurde. Er wird, wie im Wahlkampf versprochen, die Gehälter und Renten weiterhin erhöhen.

Auf dieser Grundlage hat sich die Regierung engagiert, die Budgetausgaben in Höhe von 18 Milliarden albanischen Lek zu kürzen. Tourismus bleibt die Hoffnung für die Heilung der Staatskasse, aber laut Prognosen werden die Einnahmen in diesem Bereich, wegen

der wirtschaftlichen Unsicherheit in Albanien, angeblich nicht den Erwartungen entsprechen.

Die Außenpolitik

Die Außenpolitik Albaniens bleibt nach wie vor konstant und fokussiert sich besonders auf die neuen Entwicklungen in der Region. Der Premierminister und der Staatspräsident haben regelmäßig an regionalen Gipfeltreffen teilgenommen. Das offizielle Tirana verfolgt mit besonders großem Interesse die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Serbien und Kosovo und unterstützt tatkräftig Kosovo in seinen Schritten.

Der serbische Präsident Tadic schlug vor, Serbien sollte politische Verhandlungen mit Albanien und nicht mit Kosovo aufnehmen. Laut ihm würden sich Albanien und Kosovo bald in einem einzigen Land vereinigen und insofern sollte sich die Politik von Belgrad und Tirana mit der Teilung des Kosovo einverstanden erklären. Der albanische Außenminister Haxhinasto erklärte mehrmals, dass Albanien weder die Vereinigung noch die Teilung des Kosovo beabsichtige. Ihm zufolge sollten Kosovo und Serbien gemeinsame Verhandlungen aufnehmen, um eine Vereinbarung zu treffen und ihre Streitigkeiten beizulegen.

Ein weiterer Aspekt, der für die albanische Diplomatie von Relevanz ist, betrifft die Versöhnung der albanischen Parteien in Mazedonien. In den im Juni stattgefundenen Wahlen wurde ein Kompromiss zwischen diesen Parteien erreicht und kam zu keinen Ausschreitungen zwischen den albanischen politischen Kräften während des Wahlprozesses.

Die Volkszählung

Nachdem die albanische Regierung die für April vorgesehene Volkszählung wegen der Kommunalwahlen verschoben hat, erhöhte sich der von der Bewegung „Schwarz-Rote Allianz“ ausgeübte Druck, damit die Volkszählung nicht auf der Grundlage der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit durchgeführt werden kann. Die von dem stv. Vorsitzenden des Obersten Justizrates, Herrn Spahiu, geleitete Schwarz-Rote Allianz äußerte sich laut in den Medien gegen diese Form von Volkszählung. Laut der Schwarz-Roten Allianz bestünde die Gefahr, dass viele Albaner, die unter schlechten wirtschaftlichen Bedingungen leben, bei den Fragen über Ethnie und Religion sich als Griechen ankreuzen könnten, was zu einer Verzerrung der Zahlen führen könnte. Davon könnten die Nachbarländer und besonders Griechenland viel profitieren und den Anspruch erheben, dass die griechische Minderheit im Süden Albaniens größer ist als in Wirklichkeit.

Die Regierung ist aber entschlossen, die Volkszählung im November durchzuführen und erarbeitete dazu im Parlament das entsprechende Gesetz. Laut dem Gesetz muss man bei der Volkszählung noch offizielle Dokumente vorlegen um die Richtigkeit der Angaben über Zugehörigkeit zu den Ethnien bestätigen zu lassen.

In Medienkreisen wurde der Schwarz-Rote Allianz und ihrem Vorsitzenden Spahiu nationalistische Rhetorik vorgeworfen. Er versuche die Situation für politische Zwecke zu nutzen und beabsichtige die Allianz sich in eine politische Partei zu verwandeln wie der Fall mit der Selbstbestimmungsbewegung in Kosovo.

Als Argument dafür wird die Initiative dieser Allianz: „Eine Nation, ein Pass“ vorgebracht. Sie fordern die albanische Regierung auf, alle Albaner in Albanien, Kosovo, Mazedonien und Montenegro mit albanischen Pässen auszustatten.

Nertila Mosko

Die Autorin ist Projektleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Tirana, Albanien.

IMPRESSUM

Erstellt: 10.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de